

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Heftamen 30 Pf.

der Strafanstalten auf den Heilsinseln (Nes du Salut), der auf der Ile Royale wohnt, zu übermitteln. Zwischen Gahenne und der Ile Royale besteht eine Drahtverbindung, oder vielmehr der Draht geht von Gahenne nach der Strafanstalt auf den Kuru-Heilen, die den Nes du Salut gegenüberliegen und durch sieben Seeemeilen von diesem getrennt sind. Der Telegraphenverkehr zwischen der Ile Royale und Kuru wird durch ein Scheiben- und Nagen-System besorgt. Viele Personen sind ermächtigt, mit Dreyfus zu verkehren und zu sprechen; der Gouverneur von Guano, der Generalprokurator in Gahenne, der Direktor und der Kommandant der Strafanstalt auf den Nes du Salut. Wenn der Direktor Deniel von Gahenne aus telegraphisch benachrichtigt wird, so kann er entweder nach der Heilsinsel hinüber telephoniren, denn zwischen der Ile Royale und der gegenüberliegenden Felsplatte, wo Dreyfus gefangen gehalten wird, besteht eine Fernsprechverbindung, oder er kann sich in drei Minuten nach der Heilsinsel ruben lassen und dort nach einigen Formalitäten — Erdichtung mehrerer Hören — Dreyfus selbst sprechen. Dieser, welcher in seiner Hütte und hinter einer hohen Bretterwand eingesperrt ist, von wo aus er nur den Himmel sehen kann, wird, wie Sef sagt, von dem Besuche unsäglich überrascht sein. Der Gewächsmann des „Figaro“ kann hinzufügen, in Gahenne werde die Nachricht Freude verursachen, da die Mehrheit der Einwohnerchaft Dreyfus für unschuldig halte.

Der Kaiser wird sich am 23. Januar n. J. nach Gotha zur Theilnahme an der Feier der silbernen Hochzeit des Herzogs Alfred begeben und im herzoglichen Schlosse Wohnung nehmen. — In Pries traf völlig unerwartet der kommandirende General des 6. Armeekorps, des Erbprinzen von Sachsen-Meinungen, begleitet von seinem Adjutanten, ein, um sich persönlich über den Stand der unter den Mannschaften des Infanterie-Regiments Nr. 156 bestehenden **Dyphus-Epidemie** zu informieren. Es konnte ihm mitgeteilt werden, daß seit dem 1. d. M. Neueerkrankungen an Dyphus nicht mehr vorgekommen sind. — Als Nachfolger für den verstorbenen Provinzial-Schulrath Dr. Hochheim ist dem Vernehmen der „Kreuzzeitg.“ nach, der Direktor des königstädtlichen Real-Gymnasiums Dr. Vogel zum Mitgliede für das **Provinzial-Schulcollegium zu Berlin** aufsersehen worden. — Die „Nat.-Lib. Korr.“ zweifelt die Richtigkeit der Meldung an, daß Prinz Georg Wilhelm zu Cumberland demnächst beim Kaiser Franz-Joseph in Begleitung des Prinzen Ludwig von Bayern in das kaiserliche Jagdschloß zu Bad Ischl einziehen werde, es sei denn, daß zuvor vom kaiserlichen Hofe ein für alle Male in bestimmter Form rückhaltlos auf Hannover Verzicht gelehrt wird. — Bei der gelirten **Stadterordnetenwahl in Frankfurt a. M.** wurden acht demokratisch-freireimige und sieben nationale

liberale Stadtverordnete gemäht. Von et politischen Kandidaten kommen drei in die Stichwahl. — Wie aus Sagan gemeldet wird, wurde Graf Kanitz zum Lehnsvormund für den kranken Herzog ernannt und leistet demnächst den **Heirathseid**, worauf das Herzogthum auf den **Herzog Vofon Talleyrand Perigord** übergetragen wird. — Der Kultusminister hat den Antrag der Stadt Düsseldorf betreffend die Errichtung eines städtischen **Seminars für Volksschullehrerinnen** ohne Angabe von Gründen abgelehnt. — Das Zentralkomitee für die **Generalversammlungen der Katholiken** Deutschlands hielt in Frankfurt a. M. eine Versammlung ab und wählte den Grafen Droste-Edelroste zu Bifcher Schloß Darfeld in Westfalen zum Vorsitzenden. Es wurde der dringende Wunsch geäußert, daß die nächste Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Reiffe stattfinden möge, und demgemäß beschloffen, in weitere Verhandlungen einzutreten um die Schwierigkeiten, die in Reiffe der Abhaltung der Generalversammlung im Wege stehen zu beseitigen. Sodann beschloß das Komitee einen Aufruf an die Katholiken Deutschlands auf Beiträge für den Bau einer Marienkirche auf dem Berge Zion in Jerusalem auf dem Grundstück der Dormition, das der Kaiser den Katholiken Deutschlands jüngst geschenkt hat. — Der Königsberg wird eine **Kleinbahn durchs Samland nach Rauschen-Barniken** gebaut. Man nun ein Bauunternehmer in einem Kreisblatt der dortigen Gegend 500 Arbeiter für diesen Bahnbau suchte, erschien in der nächsten Nummer desselben Kreisblattes, wie der „Vorwärts“ meldet, eine Bekanntmachung des Vorstehers des Kreis Ausschusses, in welcher es heißt, es sei mit dem Hauptunternehmer des Bahnbaues ausgemacht worden, daß durch den Bahnbau den Landwirthen keine Arbeiter entzogen werden sollten, der Theilfuhrden-Unternehmer, der 500 Arbeiter im Kreisblatt gesucht habe, sei aus Versehen von dieser Verabredung nicht benachrichtigt worden. Es werde nunmehr ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß bei diesem Bahnbau Arbeiter aus der dortigen Gegend nicht angenommen werden. — Der **Landtag des Herzogthums Gotha** trat nach langer Pause gestern wieder zusammen. Unter den vom Präsidenten vorgelesenen Eingängen befinden sich als wichtigste die Regierungsentwürfe zu einem Einkommensteuergesetz, zu einem Vermögenssteuergesetz und zu einem Verwundungsacten.

Deutschland.

Berlin, 18. November. Es ist vor einigen Tagen die Frage erörtert worden, ob mit der Militärvorlage alsbald der Etat so vorzulegen werden soll, daß er die beabsichtigten Verengerungen im Heerwesen bereits enthalte, welche, oder ob es besser sei, ihn zunächst am Grund der bisherigen Einrichtungen aufzustellen und später einen Nachtragsetat einzubringen. Die „Nationalk. Rev.“ deutet an, daß das letztere Verfahren sich wegen der Möglichkeit einer Auflösung empfehle; sie schreibt: „Soweit unser Kenntniß geht, sind bezüglich der neuen Militärvorlage die entscheidenden Beschlüsse noch nicht gefaßt. Die Frage, ob die neuen Forderungen in einem besonderen Nachtragsetat eingebracht werden, oder ob man sie zweckmäßiger sogleich mit dem neuen Etat verarbeitet, kann daher von der Hand liegig auf Grund der bisherigen

Erfahrungen erörtert werden. Bei der letzten Militärvorlage wurde der Etat für sich eingebracht, ebenso für sich die Vorlage und die durch diese entstehenden Mehrforderungen von mehr als 70 Millionen Mark in einem besonderen Nachtrags-
etat. Wie bekannt, mußte damals der Reichstag aufgelöst werden. Die Neuwahlen fanden erst im Sommer statt; so konnte man mit dem be-
willigten Etat weiter wirtschaften und in Ruhe die neue Vorlage vorbereiten, bis am 7. Juli die
erste Beratung begann und am 15. Juli die
zweite Beratung und damit der gebachte Nach-
tragsetat erledigt wurden. Die Mehrforderungen,
welche die Vorlage selbst brachte, waren in der
Begründung dazu im Einzelnen nachgewiesen;
die Veränderungen aber, welche die Vorlage im
Laufe der verschiedenen Beratungen erfuhr,
konnten mit leichter Mühe von Fall zu Fall in
Nachtragsetat bewirkt werden, so daß zugleich
mit der Schlussabstimmung über die Vorlage
auch der Nachtragsetat und das Anleihegesetz
sodort ihre Erledigung fanden. So hat dieses
Verfahren unter den damaligen schwierigen Ver-
hältnissen sich nicht nur praktisch bewährt,
sondern auch budgetrechtliche Streitigkeiten ver-
mieden, die in der damaligen Krisis sehr un-
wünscht gewesen wären.

Peſt, 17. November. Der König empfing heute eine Deputation der Hauptſtadt, die anläßlich des 25jährigen Jubiläums der Vereinigung der Hauptſtadt eine Huldigungsadreſſe überreichte. Der König dankte herzlich und ſagte, er erſehe aus der bisherigen Entwicklung der Stadt, daß ſie eine höhere Gewäſſer ſei für das weitere Aufblühen Peſts. Die Vereinigung habe heilſame Früchte getragen, derſelben ſeien lebenskräftige Triebe entſproſſen, welche gepflegt und vermehrt werden müßten. Durch einträchtige friedliche Wirkſamkeit werden auch in Zukunft treſſliche Reſultate erzielt werden.

Paris, 17. November. Heute Nachmittag wurden dem Präsidenten Faure in Gegenwart der Minister, der Mitglieder der spanischen Botschaft und der Friedenskommission und unter dem üblichen Zeremoniell die Insignien des Goldenen Vließes überreicht. Es wurden militärische Ehren erwiesen. Montero Rios legte dem Präsidenten das Kollier des Ordens an, wobei er die hierfür vorgehensenen Worte sprach. Faure erwiderte mit Dankesworten für die Königin-Regentin. Hierauf umarmte Faure Montero Rios und den Großfürsten Wladimir von Rußland, welcher als Pathe gedient hatte.

Madrid, 17. November. „El Tiempo“ bezeichnet das Gerücht, Don Carlos wolle ein Schiff ausrüsten und unter der Flagge des Nothkreuzes den gefangenen Spaniern auf den Philippinen Hülfe bringen oder wenigstens so thun, um hier Effect zu machen. Die Gerüchte bezüglich kaiserlicher Absichten werden immer beunruhigender. Die Regierung allein scheint wie gewöhnlich unbeirrt.

II.
Stettin, 18. November.

Aber — fährt der Einjender der gestern be-
 reits erwähnten Zuschrift fort: —
 Fast noch schlimmer als der Mangel an
 Baustellen, welche sich noch an das jetzt be-
 stehende Kanallag anschließen lassen, wirkt auf
 die heissen Wohnungsverhältnisse die groß-
 Bertheuerung der Bauten. Es ist
 ja sehr hübsch, wenn vor jedem Hause Reichen-
 steinpflaster und Bürgersteige mit einer Breite
 von 4 bis 5 Trottoirplatten liegen. Alles dies
 kostet aber doch auch Geld und viel Geld!
 Wenn bei einer Baustelle allein 30 000 bis
 50 000 Mark für Straßenpflaster und
 Bürgersteige zu zahlen sind, wenn für Kanali-
 sation, für Wasserleitung u. f. w. u. f. w. zu
 zahlen und immer zu zahlen ist, —
 was bleibt übrig, als daß dies alles beim
 Preise der zu vermietenden Wohnungen
 später mit berücksichtigt werden muß?
 Was bleibt übrig, als daß die Wohnungen
 hier viel theurer vermietet werden müssen
 als z. B. in Gradow, wo man sich mit ein-
 facherem Pflaster und einfacheren Einrichtungen
 begnügt. Es muß also ein übel ange-
 brachter Luxus bezeichnet werden, wenn
 der Magistrat zum Beispiel verlangt, daß
 selbst in ganz verkehrsamen Straßen mehr
 als eine Reihe Trottoirplatten gelegt werden
 soll. Ein solches Verlangen treibt ganz
 unnötig die Baustosten und dementsprechend
 auch die Mieten in die Höhe und wieder
 zum gemeinschaftlichen Schaden der Miether
 und Vermieterher!

Nachdem aber hat mich überrascht, als ich aus einer an das Abgeordnetenhaus gerichteten Petition erjah, daß der Steuerrath Grundbesitz zur Zeit mit nicht weniger als ca. 2 750 000 Mark jährlicher Kommunalsteuern, ca. 400 000 Mark Staatssteuern und ca. 1 000 000 Mark anderer durch Polizeiverordnungen u. s. w. herbeigeführter Lasten — in Summa also mit etwa 4 150 000 Mark jährlicher Abgaben — belastet sein soll. Ich hielt diese Zahlen anfangs für unmöglich, mußte jedoch bei näherer Prüfung die Richtigkeit anerkennen. Die Belastung ist in der That eine so große!

(Die Aufstellung, welche dem Herrn Ein-
fender vorgelegen hat, ist auch uns bekannt. Da-
um dieselbe aber augenblicklich nicht zur Hand
ist, so kann die Reabattition dieselbe erst morgen
im Einzelnen veröffentlichen.)

Der Herr Einfender fährt dann fort:

„Es ist ganz selbstverständlich, daß eine
derartige Belastung von jährlich über 4 Mil-
lionen Mark nicht von dem Grundbesitz allein
getragen werden kann! Es ist ja sehr ge-
leicht, den Hauswirth, wenn er dieser Be-
lastung entsprechend die Miethspreise festsetzen
muß, als Hausabschneider oder ähnlich zu ver-
schreien. Aber jeder urtheilende Mensch
wird sich sofort klar werden, daß der Grund-

best, selbst wenn er eine Last von jährlich über 4 Millionen Mark wirklich allein tragen wollte, er damit in sehr kurzer Zeit unrettbar bei der Pleite ankäme! Der Grundbesitz muß diese 4 Millionen Mark jährlicher Kosten in irgend einer Weise wieder abgeben und kann sie natürlich nur auf die Mieter abgeben!

Und er zeigt sich nun eben das Verkehrtste dieser ganz widerwärtigen hohen Belastung der Häuser! Denn da Stettin nur etwa 3250 bewohnte Grundstücke und bei etwa 150 000 Einwohnern auch nur ca. 30 000 Wohnungen hat, so machen diese 4 150 000 Mark auf das Grundstück im Durchschnitt etwa 1300 Mark und auf die einzelne Wohnung im Durchschnitt 138 Mark 33 Pfg. jährlicher Lasten. Die natürliche Folge ist die, daß jedes Haus jährlich ca. 1300 Mark mehr bringen muß, als es ohne diese Belastung zu bringen hätte, und daß der Vermieter jede Wohnung um durchschnittlich 138 Mark 33 Pfg. theurer vermieten muß, nicht um für sich einen Vortheil zu haben, sondern nur, um die öffentlichen Lasten des Hauses herauszuschlagen!

Die Ehe wird aber noch dadurch für den kleinen Mann und den Mittelstand sehr viel schlimmer, daß der Vermieter hier 138 Mark 33 Pf. durchschnittlicher Jahreslasten einer Stettiner Wohnung eben von denjenigen Wohnungen und Räumen heranzufügen muß, bei denen er am leichtesten Aufschläge machen kann. Nun mag ja eine kleine Abwälzung bei Säulen zc. erfolgen, — die Ladenbesitzer sind in Stettin ja auch nicht auf Kosten gebettet! In der Hauptstadt aber wird diese Abwälzung doch nur bei den viel gefragten und leicht zu vermietenden kleineren Wohnungen erfolgen können! Denn große Wohnungen von über 800 Mark jährlicher Miete sind in Stettin immer schwer zu vermieten gewesen und auch heute schlecht zu vermieten, es dürfte unmöglich sein — von einzelnen Ausnahmefällen abgesehen — dafür mehr zu erzielen. Es ist daher auch hier schließlich der kleine Mann und der Mittelstand — der Arbeiter, der Handwerker, der Beamte, die Inhaber der Detailgeschäfte — welcher unter dieser Belastung der Häuser mit zu leiden hat. Ja, derselbe hat um so mehr zu leiden, als man ihm auch schließlich den Theil der Hauslasten mit auferlegen wird, welcher auf die großen Wohnungen nicht abgedrückt werden kann! Die hohe Belastung der Häuser, wie der Magistral und die früheren Stadtverordneten

verpflichtet und die größeren Einkommenssteuern veranlassung sie eingeführt haben, ist daher zwar scheinbar eine direkte Steuer, sie trifft aber indirekt die Mietheselbst, und auch ohne Sozialdemokrat zu sein, muß man zugestehen, daß sie wie andere indirekte Steuern gerade die großen Massen der Arbeiter, der Handwerker, der Beamten, der Detailgeschäfte u. s. w. am härtesten trifft! Und das macht sich dadurch noch mehr fühlbar, als die kleineren Einkommen einen weit größeren Bruchtheil ihres Verdienstes für Miete anlegen müssen, als die großen. Ein Arbeiter wird bis zu 25 Prozent seines Einkommens, ein Handwerker und Beamter bis zu 20 Prozent seines Einkommens für Miete rechnen müssen. Sie alle sind daher an diesen Lasten, welche sie bei der Miete indirekt mitzahlen müssen, in viel höherem Maße mit ihrem Einkommen befristet, als die großen Einkommen von 40 000 und mehr Mark, welche doch höchstens 5 Prozent ihres Einkommens für Miete zu rechnen haben.

Man kann es daher den Arbeitern, Handwerkern, Beamten, Detailgeschäften &c. nicht verdenken, wenn sie auf hiesige Miethspreise schelten. Aber sie thun nicht Recht, wenn sie deswegen auf die Vermietther schelten, denn die Vermietther verlangen diesen Mehrpreis nicht für sich, sondern für die von der früheren Stadtverwaltung Stettins dem Hause auferlegten Lasten! Die Vermietther sind so — und zwar jedenfalls sehr gegen ihren Willen — eine Art indirekter Steuereinziehler, welche die dem Hause auferlegten und von ihnen zunächst ausgelegten Lasten bei der Miethszahlung von den Miethern wieder einziehen müssen. Die Vermietther wären ohne Zweifel herzlich froh, wenn sie von diesem durchaus nicht angenehmen Amt indirekter Steuereinziehler entbunden würden, und haben genau wie die Miether dasselbe Interesse, daß diese ihnen vom Magistratszins entzogene indirekte Steuereinzahlung auf das mindest mögliche Maß beschränkt, und unter keinen Umständen durch eine noch weitere Erhöhung der Gebäudesteuer oder anderer Lasten vermehrt wird. Nicht die Stettiner Vermietther sind es, welche die Quartiere vertheuern, sondern die Praxis des Magistrats und der früheren Stadtverordneten-Versammlung ist es, welche die Stettiner Häuser und damit indirekt auch die Stettiner Quartiere mit kaum noch ertragbaren Abgaben belastet hat.

Aber läßt sich denn diese Praxis vom Standpunkt der öffentlichen Moral und der öffentlichen Gesundheitspflege überhaupt verantworten? Es muß das auf das ernstschiedenste verneint werden! Denn was kann schließlich anders die Folge davon sein, als eine immer mehr und mehr zunehmende Zusammenpferchung der Einwohner! Der Gelbeutel des Arbeiters, des Handwerkers reicht nur bis zu einer genauen Grenze! Werden die Häuser weiter mehr und mehr be-
lastet, werden die Quartiere weiter dadurch indirekt in die Höhe getrieben, — was bleibt vielen Arbeiter- und Handwerkerfamilien übrig, als Altermieth und Schlaf-
stegen bei sich aufzunehmen! Und dabei sind wir an einem sehr wunder Punkt in unsern kommunalen Einrichtungen angekommen! Gewiß thut die Neuzeit viel für Gesundheit, für Sauberkeit und Hebung der Sittlichkeit! Aber alle diese schönen Dinge wie Meistenein-
pfaster, Trottoirplatten, Bordiwallen und

elbst wie Wasserleitung und Kanalisation wohl den Schaden wettmachen, den in diesen Familien allein das Schlafburschenwesen oder vielmehr das Schlafburschenunwesen schon angerichtet hat? Wenn man den Einwohnern wirklich etwas Gutes bieten will, so sollte man denselben nicht mit der einen Hand alle diese schönen Einrichtungen wie Wasserfloete u. s. w. geben, um mit der andern Hand bei jeder Gelegenheit die Häuser und damit auch die Wohnungen immer theurer und theurer zu machen! Wer alle diese schönen Einrichtungen schafft, aber andererseits das Wohnen in Stettin derart vertheuert, daß jede Familie nicht mehr für sich allein wohnen kann, sondern Schlafburschen und Pflegetöchter aufnehmen muß, erwirbt sich nicht ein Anrecht auf Anerkennung und Dankbarkeit.

Ob aber der Magistrat oder seine Anhänger in der Stadtverordnetenversammlung wohl jemals zu solcher Erkenntnis sich durchringen werden? In Berlin ist allerdings ein Fortschritt erfolgt! Hier haben selbst Anhänger der freisinnigen Volkspartei unter den Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten aus eigener Initiative erklärt: Die Belastung der Häuser und Wohnungen haben den zulässigen Höhepunkt längst überschritten, sie seien zu einer Umänderung im Interesse der Vermieter und der Miether bereit! In Stettin hat man leider von einer solchen Erklärung des Magistrats oder seiner Anhänger noch Nichts gehört! Dieselben Herren, welche gar nicht genug gegen Getreide- und Viehzölle eifern können, weil sie die nothwendigen Lebensmittel beschaffen, können leider noch immer nicht begreifen, daß Wohnung und Wasser gleichfalls zu den nothwendigsten Lebensbedingungen gehören und daß es genau ebenso verkehrt ist, diese zu verheuern als andere nothwendige Lebensmittel! Dieser Zwiespalt der Anschauung wäre schier unerklärlich, wenn man nicht wüßte, daß theilweise sehr egoistische Interessen dabei mitspielen! Einigen der Herren scheint es wohl in der That besser, wenn Arbeiter, Handwerker, Beamten und Detailgeschäften der Löwenantheil an der Aufbringung der kommunalen Lasten aufgebürdet wird, als wenn sie selbst in das eigene recht wohlgepflachte aber ihnen auch sehr an Herz gewachsene Portemonnaie steigen müßten! Hoffentlich werden aber auch derartig kleine Gesichtspunkte einst in Stettin noch überwunden!

* Stettin, 18. November.

Im Saale des „Reichsadler“ fand gestern Abend eine vom Wahlkomitee der Vereinigung unabhängiger Stadtverordneten einberufene Kommunalwähler-Versammlung statt, die sehr zahlreich besucht war. Herr Lehrer Biermann eröffnete als Vorsitzender des Bezirksvereins KönigsThor-Grünhof die Versammlung mit einem Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser. Dann erhielt Herr Stadtverordneter Kurz das Wort zu dem angeündigten Vortrage über die zeitige Finanzlage der Stadt Stettin. Man werde, so führte Redner aus, ohne Weiteres zugestehen, daß die Ordnung der Finanzlage zu den wichtigsten Fragen gehöre, welche die Stadtvertretung zu lösen habe. Diese Frage fasse aber auch jeden einzelnen Bürger an der für ihn empfindlichsten Stelle, am Geldbeutel nämlich, denn je nach dem Bedarf der Stadt werde er mehr oder weniger an Steuern zu zahlen haben. Seit Jahren ist der Steuerbedarf Stettins gestiegen und die unabhängigen Stadtverordneten haben es daher für ihre vornehmste Pflicht an, genau zu prüfen, ob die geforderten Summen wirklich im ganzen Umfange notwendig sind, oder ob sich nicht die Steuerfüße hier und da bescheiden lassen, damit das Geld in den Taschen des Bürgers bleibe. Als der Etat für das Jahr 1897—98 vorgelegt wurde, fand sich, daß die Steuerzuschläge bei der Einkommensteuer auf 122½, bei den Realsteuern auf 183 Prozent bemessen waren, was einen bedeutenden Sprung gegen die früheren Sätze ausmachte. Die unabhängigen Stadtverordneten wollten zunächst versuchen, mit den bisherigen Steuern auszukommen, man versuchte, Einsparnisse zu machen und wirklich gelang es, die Sätze auf 114 bezw. 171 Prozent herabzubringen. Darüber war zwar der Magistrat entsetzt und ihm stimmte ein Theil der Stadtverordneten zu, man behauptete, die „Unabhängigen“ würden mit ihrer Finanzpolitik alles in Grund und Boden wirtschaften, wenn sie, wie beabsichtigt, den Etat um 205 000 Mark herabsetzten. Trotzdem blieb es bei den ermäßigten Steuerfüßen, die an sich immer noch etwas höher waren als diejenigen des Vorjahres, und nachdem nummehr kürzlich der Rechnungsabluß für das Etatsjahr 1897—98 vorgelegt worden, ergab sich die ebenso merkwürdige als erfreuliche Thatfache, daß ein Ueberschuß von 649 000 Mark verblieben war. Um die Bedeutung dieser Zahl richtig zu würdigen, bedarf es eines Hinweises darauf, daß in dem Etatsjahre 1897—98 die Nachbewilligungen eine Summe von 732 567 Mark ausmachten, rund 500 000 mehr als vorgesehen worden und zwar wurden diese enormen Nachbewilligungen veranlaßt durch die dringend notwendige Aufbesserung der Beamten- und Lehrergehälter. Dieser Jahresabluß habe das von den unabhängigen Stadtverordneten in die Entwicklungsfähigkeit Stettins gesetzte Vertrauen glänzend gerechtfertigt! — Redner bringt für die Mehreinnahmen im Einzelnen, wie solche aus Krankenkassen, Hafen und Handelsanlässen, Gas- und Wasserwerke ergeben, Zahlen bei und hebt fälschlich hervor, daß 374 799 Mark mehr an Steuern eingenommen sind, als veranschlagt waren. Aus dieser einen Summe ergebe sich klar die Berechtigung der vorangegangenen Steuerermäßigung. Das Anwachsen der Steuerkraft bilde den besten Beleg für das Wohl- und Gedeihen einer Stadt. Während vor zehn Jahren die Steuern nicht erheblich mehr als die Hälfte der gesamten Einnahmen ausmachten, decken dieselben jetzt ungefähr drei Viertel des Bedarfs, mit der Vergrößerung der Stadt at also die Zunahme der Steuerkraft Schritt gehalten. Für den Etat 1898—99 wurden 120 Prozent Zuschlag zur

